

# Der Gesellschafter

## Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

### Nagolder Tagblatt

Verbreitete Zeitung im  
Oberamtsbezirk. — An-  
zeigen sind daher von  
behem Geling.

Die amtliche Zeitung des  
Oberamtsbezirks Nagold  
ist die „Nagolder Tagblatt“  
ausgegeben von dem  
Verleger Herrn Dr. G. H. G.  
in Nagold.

Telegraphische Adresse:  
Gesellschafter Nagold.  
Postfachnummer:  
Nagold 5113.

erschient an jedem Werk-  
tag, Festtagen nehmen  
höchste Postämter  
2-3 Bogen entgegen

Verlagspreis  
vom 22.-28. Nov.  
50 Goldpfennige,  
einmal Trichter, 10  
Bogen, Nr. 10 Goldpf.  
einmal Trichter, 10  
Bogen, Nr. 10 Goldpf.  
einmal Trichter, 10  
Bogen, Nr. 10 Goldpf.  
einmal Trichter, 10  
Bogen, Nr. 10 Goldpf.

Nr. 276

Samstag den 24. November 1923

97. Jahrgang

### Politische Wochenschau

Der Reichstag ist am 20. November wieder zusammengetreten. Er hat wieder einmal eine Regierung oder Kabinett oder gar eine Reichsliste zu entscheiden. Das ganze deutsche Volk harzt gespannt nach Berlin; das Ausland erwartet ein wichtiges Ereignis, seine Berichterstatter sitzen Kopf an Kopf auf der Tribüne. Der Reichstag aber meint nicht am Reichstag, er will abwarten, ob die bei den Gegnern der sozialdemokratischen und der deutschnationalen Vertreter, seiner scharfen Redegewandtheit Punkte zur Verteidigung oder zum Gegenangriff bieten. Die Aussprache beginnt. Endlich will der Reichskanzler das Wort ergreifen. Er redet bei den Kommunisten. Der Abgeordnete Remmele entsetzt plötzlich, daß Kriminalpolizei im Saal sei. Er schlägt Alarm, obgleich die Vorkehrungen schon seit mehreren Monaten geübt wird, was den Fraktionen bekannt gegeben war. Remmele erhält drei Ordnungsrufe; er erhebt sich wieder entsetzt, wird er nach der Geschäftsordnung aus dem Saal gewiesen. Er bleibt. Eine zweite Aufforderung des Präsidenten Böbe, den Saal zu verlassen, läßt Remmele unbeachtet. Der Präsident unterbricht die Sitzung auf eine Stunde. Als man wieder anfangen will, ist Remmele immer noch da; er rührt sich nicht vom Fleck. In seiner Hilflosigkeit verlagert Böbe den Reichstag auf 48 Stunden.

So wird eine Reichstagssitzung eingeleitet, die für das deutsche Volk entscheidend werden kann. — Die Regierung Stresemann hatte von Anfang an, auch unter der Großen Koalition, einen schweren Stand. Die bedingungslose Aufhebung des passiven Widerstands hat die Gegnerlichkeit der Rechten im Reichstag zu einer grundsätzlichen und persönlichen werden lassen. Stresemann selbst hat zugegeben, daß er mit der Unterwerfung unter den deutschen Reichswilligen Poincarés einen verhängnisvollen Fehler gemacht habe. Durch die Verhängung des Ausnahmezustands unter militärischer Volksgewalt aber hat er es mit der Sozialdemokratie verstanden, wenigstens ein Teil der Sozialdemokraten aus der Koalition. Die wirtschaftlichen Gründe der Trennung liegen etwas tiefer. Auch bei den Mittelparteien war kein so reines Zusammenhalten vorhanden; in der eigenen Partei der Deutschen Volkspartei begann das Vertrauen bedenklich zu schwanken. Ohne den festen Rückhalt der Partei schien dem Kanzler die eigene Stellung zu gefährdet zu sein. Auf seine Veranlassung wurde daher am Sonntag, den 18. November der hauptvorstand der Deutschen Volkspartei nach Berlin einberufen, der Stresemann mit 208 gegen 11 Stimmen, unter letzteren acht Reichstagsabgeordnete, das Vertrauen ausprobiert. Die große Mehrheit darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Verfassung die Politik Stresemanns in verschiedenen wichtigen Punkten nicht die Billigung fand und daß allgemein gemüht wurde, er sollte sich endgültig von der Sozialdemokratie lösen und dagegen eine rein bürgerliche Regierung bilden. Gerade dies beweist wohl, daß die Vertrauensklärung keine unbedingte war, sondern wohl mehr den Erwägungen der Parteizwischenschaft entsprang, denn der Wunsch einer rein bürgerlichen Regierung mit Ausscheidung der stärksten Reichstagsfraktion, der Sozialdemokratie, würde eine völlige Umkehr der bisherigen Regierungspolitik Stresemanns zur Folge haben müssen. Ob sich der Reichskanzler dazu verstehen wird, will zweifelhaft erscheinen. Man spricht in Berlin davon, daß er im Gegenteil eine Verständigung mit der Sozialdemokratie anzubahnen suche, indem der Ausnahmezustand zwar nicht förmlich aufgehoben, aber doch in eine andere Form gebracht werden solle. Der Reichswahlkommandant General von Seeckt, dem die höchste ausführbare Gewalt übertragen ist, sollte angeblich daran glauben müssen und die Gewalt sollte in „Hilfshände“ gelegt werden. Damit werde sich die Sozialdemokratie vorläufig insoweit zufrieden geben, als sie im Reichstag nicht für den Vertrauensantrag stimmen werde, der von den deutschnationalen Abgeordneten eingebracht worden ist. Welchen tatsächlichen Hintergrund das Gerücht hat, mag dahingestellt sein. Es mag sein, daß der Reichskanzler keine Neigung verspürt, sich für den General von Seeckt als zu kräftig einzusetzen, denn er soll ihm nie besonders grün gewesen sein. Warten wir einmal ab. Immerhin wird es nicht ganz unbedeutend sein, in die Zuverlässigkeit einer etwa neu entstehenden Großen Koalition, und bestünde sie nur in der Unterstützung der Regierung Stresemann durch die Sozialdemokratie ohne deren eigentlichen Beitritt, einige Zweifel zu legen. Es wurde berichtet, die demokratische Partei habe den Vorschlag gemacht, daß der württembergische Staatspräsident Dr. Heber die Kanzlerschaft übernehmen solle. Die Anregung scheint zwar bei den beiden andern bürgerlichen Regierungsparteien auf keine Gegenliebe gestoßen zu sein, aber sie zeigt doch, wenn sie tatsächlich erfolgt sein sollte, daß man in der demokratischen Partei einen Personalwechsel nicht für unwahrscheinlich hält.

So ist die Stellung des Reichskanzlers Stresemann allerdings schwierig geworden. Dazu kommt, daß seiner Regierung wie durch ein Verhängnis die erwarteten Erfolge verweigert geblieben sind. Die Reichsregierung hat das französische Ansehen, die „militärische Ueberwindung“ Deutschlands wieder aufzunehmen zu lassen, zurückgewiesen mit der Begründung, die Schwere der deutschen Wirtschaften würde die Übernahme der „Zwischenfälle“ herbeiführen. Die Ablehnung hat ganz Deutschland mit Genehmigung erfüllt, ebenso die Zurückweisung der Einmischung Frankreichs in die mit Regierungsgenehmigung erfolgte Rückkehr des Kronprinzen. Man hätte nur gewünscht, daß die Gelegenheit ergreifen worden wäre, um einmal den Vagabunden zu zerstreuen, mit dem Frankreich seine wahren Ziele verbirgt, und um klarzustellen, daß die Ueberwindung nicht den Zweck verfolgt, das bis an die Zähne bewaffnete Frankreich vor einer Bedrohung zu sichern, sondern daß sie dazu dienen soll, erstens ganz Deutschland für die französischen Heere offen zu legen und zweitens die deutsche Industrie unter Aufsicht zu stellen. Nachdem nun aber der Pariser Botschafter, daß die Ueberwindung beschlossen hat, hat die Reichsregierung doch wieder nachgegeben. Wegen des Eindringens der Ueberwindungskommission wäre ja wohl nichts zu machen gewesen, aber wäre es unendlich erwünscht, es nur unter entschiedenem Protest geschehen zu lassen? Dem deutschen Volk wäre wenigstens eine Enttäuschung erspart geblieben.

Ein anderer Mißerfolg der Reichsregierung auf dem inneren Gebiet ist noch bedenklicher. Die Währungsreform will nicht vom Fleck kommen. Am 2. September sagte Reichskanzler Stresemann in Stuttgart, in 14 Tagen werde das Reich das neue wertbeständige Geld haben und dann werde die Währungsnot ein Ende nehmen. Ende November hat man in Süddeutschland noch kein Stück der Rentenbank gesehen, nicht einmal die Beamten haben die ihnen versprochene wertbeständige Teilzahlung erhalten. Dafür hat sich im Zahlungswesen ein Wirrwarr herausgebildet, der kaum noch zu überblicken ist. Woran liegt das? Am 15. November wurde halbamtlich durch W.L.B. mitgeteilt, der Reichsregierung sei von der Rentenbank ein Kredit von 900 Millionen Rentenmark zur Verfügung gestellt, wovon 100 Millionen für die besetzten Gebiete bestimmt worden seien. Das war reichlich gestunken. Die Rentenbank stellte sofort berichtend fest, daß der Reichsregierung zunächst nur ein selbstverschaffter Kredit von 200 Millionen bewilligt worden sei, dazu ein weiterer Kredit von 100 Millionen, letzterer aber nicht für die besetzten Gebiete überhaupt, sondern ausschließlich für die dortige Erwerbslosenunterstützung mit der Bedingung, daß die 100 Millionen keinesfalls in Rentenmark, sondern in Papiermark ausgeführt werden dürfen, solange nicht die Besetzungsmächte zugestimmt haben, daß eine Beschlagnahme ausgeschlossen ist und die Rentenmarkverordnung im besetzten Gebiet voll in Kraft tritt. Die hypothetische Belastung im besetzten Gebiet haben aber die Franzosen unterläßt, somit fällt schon die Hauptbedingung. Weitere Summen für die Erwerbslosenunterstützung im besetzten Gebiet wird die Regierung von der Rentenbank nicht erhalten; die Kredite sollen vielmehr einzig und allein dem Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens dienen; würden sie weiter zur Erwerbslosenunterstützung verwendet, so würde der ganze Kredit in wenigen Wochen nur für diesen Zweck aufgebraucht sein. Die Rentenbank wird, wie mitgeteilt wird, der Regierung weitere Beträge nur überlassen, wenn sie sich von der unbedingten Notwendigkeit überzeugt hat.

Zu dieser unbedingten Notwendigkeit würde man sicherlich gehören, daß das Wirtschaftsleben mit der Rentenmark befruchtet würde. Es ist doch ein Unglück, daß diejenigen, die durch Zwangsbesetzung mit Hypotheken usw. das Kapital der Rentenbank aufbringen mußten, von der Rentenbank nichts zu sehen bekommen und daß den Unternehmern sowohl wie den Gehalts- und Lohnempfängern immer mehr das Roten Geld unter den Händen entschwindet, wenn der Dollar von heute auf morgen um die Hälfte steigt, wie es fast alle 3 bis 4 Tage zur Regel geworden ist. Nicht die wüßhühner Rentenmark begegnet dem Mißtrauen, aber man hat kein Vertrauen mehr, daß in Berlin damit ganz einwandfrei gewirtschaftet wird. Und das könnte allerdings schließlich auch die Rentenbank selbst in Mißkredit bringen. In Bayern klein man der Sache schon nicht mehr recht zu trauen, denn die bayerische Regierung führt, unabhängig von Berlin, eigene Schatzanweisungen auf Dollarberechnung aus wertbeständiges Geld ein, um seine Wirtschaft nicht allzuwende zugrunde gehen zu lassen, bis die Rentenbank endlich in Verteilung kommt. In ähnlicher Weise soll in Württemberg auf Anregung der Stuttgarter Handelskammer, wennmöglich unter Beteiligung der Städte, ein wertbeständiges Geld geschaffen werden, und in Baden wird die Privatwirtschaft sich ebenfalls dazu entschließen müssen, nachdem die staatliche Bodenmark so elendiglich verfallen hat. Vermutlich ist auch die den Weg aller Spekulation gegangen.

Es scheint, daß der Bedarf des Reichs nach der Umrechnung in Goldmark sich als viel größer herausgestellt hat, als die Finanzämter ausgerechnet hatten. Der mit einem un-

ergänzt den weiteren Kredit von 300 Millionen Rentenmark zu fälligen Rentenmark wird bis 15. November zusätzlich mit 300 Millionen Papiermark angegeben. — Wenn reich und wenn die unselige Rentenpresse mit diesem Tag wirklich stillgelegt worden sein sollte. Eine ganz unübliche Menge, namentlich wenn man bedenkt, welche Ansummen durch die Entwertung der Reichsbanknoten etwa bis zu einer Million Mark, die niemand mehr nimmt und die höchstens noch als Altpapier zu bewerten sind, für die Einlösung nicht mehr in Betracht kommen. Von dieser ungeheuren Sonderbestellung des Volks spricht man gewöhnlich nicht, obgleich sie vielleicht größer ist, als jede andere, denn zur Zeit der Ausgabe der kleinen Scheine hielten diese durchschnittlich immer noch einen viel höheren Wert als heute ein Millionen-schein. Um so begreiflicher ist es, wenn gerade jetzt, eine hochgradige Verwirrung darüber wach sein hat, daß die Rentenmark dem süddeutschen Wirtschaftsleben immer noch vorenthalten wird, an der doch der Rest des ganzen Reichs Anteil hat.

Unabhängig davon ist gesagt worden, daß die Wurzel unserer wirtschaftlichen Not das Währungsproblem ist. Wir werden diese bittere Tatsache auch bei dem amerikanischen Vorschuh verspüren, der Deutschland durch die Gnade einiger Bankdirektoren zuteil werden soll. Dieses amerikanische Brot wird teuer zu stehen kommen. Auf jeden Fall wäre es aber nicht nötig gewesen, daß von einer gewissen Berliner Presse, die sich gern als halbamtlich ausgibt, dieses amerikanische Geschäft als eine Wohltat dargestellt wurde, die von dem politischen Wohlverhalten des deutschen Volks — im Sinn jener Blätter natürlich — abhängig sei. Für solche „Wohltaten“ kann man sich nicht fürchten. Nur einer wird an alledem eine ungetrübte Freude haben, und das ist Herr Poincaré. Ihm ist ein großer Schatz wieder gelungen. Um die in ihren Folgen noch kaum überschbare neue „militärische Ueberwindung“ ganz sicher durchzuführen, verquälte er sie wieder mit verschiedenen anderen Forderungen, von denen er genau wußte, daß sie von den übrigen Verbündeten nicht angenommen werden konnten, da sie nicht nur dem Verlog von Versailles, sondern der Vermunft überhaupt widersprechen. Mit welchem Vorne wurde wochenlang die Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland, die angebliche Reiseabsicht des Kaisers, der Münchener Busch, die besondere Sachverständigenkommission nach Poincarés Stempelung usw. in der Presse breitgeschlagen! Die hohen Verbündeten ließen sich täuschen. In England war man sehr erregt, Mussolini hielt im Senat eine Rede für die Erhaltung Deutschlands — aber sie in der tiefsten Scham der Druckerpresse gemachte „Verwandtschaft“ blühte sich im Schoß des missenden Botschafterrats in die bekannte Einigung auf: General Raftoi kommt wieder mit seinen Mannen nach Berlin und zwar „unverzüglich“, d. h. auf 1. Dezember, wie Poincaré gewollt hatte, und von seiner Nachvollkommenheit wird kein Zweifel genommen. Den übrigen Kram ließ Poincaré gern fallen; was er davon braucht, die Sanktionen usw., das wird Herr Raftoi schon besorgen. Poincaré aber kann sich in die Brust werfen und sprechen: Seht, meine Herren Verbündeten, ich bin nicht so klümm, wie böse Menschen, z. B. der neidische Vagabond George mir nachsagen; ich kann auch nachgeben, viel nachgeben, wenn es gilt, den von mir über alles geliebten Verband am Leben zu erhalten. — So macht man Geschichte.

### Internationaler Währungsverfall

Die deutsche Währung ist zerrüttet. Aber auch die Währungen der übrigen europäischen Länder sind im Verfall begriffen. Die Frage der Währungsreform wird auch in anderen Ländern dringend, so in Dänemark und Norwegen. Der internationale Währungsverfall ist zwar ein schmerzlicher Trost für Deutschland, aber wenn sich die Weltwirtschaft vor Augen führt, daß nicht zum wenigsten die Zerrüttung der deutschen Wirtschaft als Folge der Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen diesen Währungsverfall beschleunigt hat, dann sollte der Gedanke nicht fern liegen, zu versuchen, die Ursachen zu beseitigen.

Zunächst schien es, als ob die außerdeutsche Volkswirtschaft von der Besetzung des Ruhrgebiets Vorteile ziehen würde. Tatsächlich trat auch besonders in England eine Belebung des Wirtschaftslebens ein, so in der Kohlenindustrie. Die Arbeitslosigkeit ließ nach. Bald aber zeigte sich international, daß das Auscheiden eines so starken Verbrauchers wie Deutschland als Käufer auf dem Weltmarkt ein Nachteil für die internationale Wirtschaft bedeutet. Seinen deutschen Ausdruck findet dies in dem Rückgang der internationalen Wechselkurse.

Am auffälligsten kann die Entwertung beobachtet werden, die das englische Pfund erfahren hat. Besonders bemerkenswert insofern, als der vorjährige Staatshaushalt Englands noch einen Ueberschuß zur Verminderung der Staatsschuld brachte und auch das Schuldneigungsabkommen mit den Vereinigten Staaten getroffen wurde. Nur noch 88 Prozent des Friedenswerts hat das Pfund dem Dollar gegenüber, der als der Wertmesser aller Währungen

2. Städtische Schiffe.  
In letzteren Jahren noch sollte die Rhein-Verkehrsleitung (ab. 1914) nicht nur ein neues Schiff, sondern auch ein neues Schiff bauen. In letzteren Jahren noch sollte die Rhein-Verkehrsleitung (ab. 1914) nicht nur ein neues Schiff, sondern auch ein neues Schiff bauen.

betrachtet werden muß, obwohl seine innere Kaufkraft in den Vereinigten Staaten gleichfalls stark gesunken ist, wie der um etwa 60 Prozent über den Friedensstand erhöhte allgemeine Warenpreisstand erkennen läßt. Besonders in den letzten drei Wochen hat die Entwertung des englischen Pfunds starke Fortschritte gemacht. Befördert wurde dies besonders durch das Bestreben einer Gruppe, auch in England den Weg der Papiergeldvermehrung zu beschreiten, um dadurch die Ausfuhr anzuregen. Die Schugollbeltrümmern, die dem Zustand die ungünstige Lage der englischen Wirtschaft darbieten, trugen zu dem Rückgang bei. Es fanden große Abgaben von Pfundguthaben in der ganzen Welt statt und Tausche gegen Dollar, um einer noch weiteren Entwertung aus dem Wege zu gehen.

Von den skandinavischen Ländern sind die Währungsverhältnisse Schwedens ziemlich fest. Vorübergehend war dessen Währung sogar hochwertiger als der Dollar. Dänemark und Norwegen lassen dagegen eine fortwährende Verschlechterung erkennen. Bestrebungen, die Wäluata zu stärken, sind in diesen Ländern im Gange; in Dänemark ist bereits ein Stützungs fonds geschaffen worden, welche Maßnahmen vorübergehend eine Erleichterung hervorrief, die inzwischen aber wieder einer Verschlechterung Platz gemacht hat. Norwegen leidet durch die geringere Ernte und braucht zur Beschaffung von Getreide fremde Zahlungsmittel. Holland ist ebenfalls in den Währungsrückgang einbezogen worden, auch hier fanden Verwandlungen in Dollar statt. Der Schweizer Franken bewegt sich gleichfalls in sinkender Richtung. Mehr noch gilt dies von dem französischen Franken, mit dem der belgische Franken, der nach etwas unterwertiger ist, in der Entwertung gleich geht.

Größere Käufe in amerikanischen Rohstoffen haben in den letzten Tagen die Nachfrage nach dem Dollar noch verstärkt. Die Kaufkraft der europäischen Länder muß aber schließlich durch den Währungsverfall beeinträchtigt werden. Dies läßt keine Wirkung in erster Linie auf eins der Hauptrohstoffländer der Welt, auf die Vereinigten Staaten, aus. Anlaß der Lage in Europa Beachtung zu schenken, sollte alle für die nordamerikanische Union vorliegen.

Eine bedeutsame Folge hat übrigens die starke Schwankung der internationalen Wechselkurse: Sie bilden eine große Erleichterung des Güterausstausches der einzelnen Länder unter sich; wenn beispielsweise das Pfund entwertet, treten bei Geschäften auf Eierlingsrechnung Verluste ein. Immer mehr wendet man sich international einer Standardwährung zu, und das ist jetzt der Dollar. Vor dem Krieg war es das Pfund.

## Berordnung

1. Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 werden für das ganze Reichsgebiet aufgelöst und verboten:

Sämtliche Organisationen und Einrichtungen der kommunistischen Partei Deutschlands, der kommunistischen Jugend und der kommunistischen Dritten Internationale.

2. Das gesamte Vermögen der in § 1 aufgelisteten und verbotenen Vereinigungen und Einrichtungen wird beschlagnahmt.

Ebenso unterliegen alle Gegenstände, die zur Förderung der Ziele und Zwecke der aufgelösten und verbotenen Vereinigungen bestimmt sind, der Beschlagnahme, und zwar ohne Unterschied, ob sie der Vereinigung gehören oder nicht.

3. Wer sich an einer der in § 1 genannten verbotenen Vereinigungen als Mitglied beteiligt oder ihr durch Zahlung von Geld, Vermittlung oder Beförderung von Nachrichten, Ueberlieferung von Räumen, Herstellung oder Verbreitung von Schriftstücken oder durch andere Mittel Vorschub leistet, wird nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 bestraft.

4. Das Tragen oder Zurhaushalten von Fahnen oder sonstiger Abzeichen der verbotenen und aufgelösten Vereinigungen ist verboten. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung vom 26. Sept. 1923 bestraft.

Berlin, 20. November 1923.  
Der Chef der Heeresleitung:  
(gez.) v. Seeckt.

## Zweite Verordnung

1. Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 werden für das ganze Reichsgebiet aufgelöst und verboten:

Sämtliche Organisationen und Einrichtungen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der Deutsch-völkischen Freiheitspartei.

2. Das gesamte Vermögen der in § 1 aufgelisteten und verbotenen Vereinigungen und Einrichtungen wird beschlagnahmt.

Ebenso unterliegen alle Gegenstände, die zur Förderung der Ziele und Zwecke der aufgelösten und verbotenen Vereinigungen bestimmt sind, der Beschlagnahme, und zwar ohne Unterschied, ob sie der Vereinigung gehören oder nicht.

3. Wer sich an einer der in § 1 genannten verbotenen Vereinigungen als Mitglied beteiligt oder ihr durch Zahlung von Geld, Vermittlung oder Beförderung von Nachrichten, Ueberlieferung von Räumen, Herstellung oder Verbreitung von Schriftstücken oder durch andere Mittel Vorschub leistet, wird nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 bestraft.

4. Das Tragen oder Zurhaushalten der Fahnen oder sonstiger Abzeichen der verbotenen und aufgelösten Vereinigungen ist verboten. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung vom 26. September 1923 bestraft.

Berlin, 20. November 1923.  
Der Chef der Heeresleitung:  
(gez.) v. Seeckt.

Durchführungsverordnung des milit. Ministeriums des Innern.

Das Landesriminal-Polizeiamt, das Polizeipräsidenten Stuttgart, die Oberämter und die Staatspolizeiamter werden

mit der Durchführung dieser Verordnungen beauftragt. Insbesondere ist darauf zu sorgen, daß bei der Schließung der Parteibüros, Verlage, Buchhandlungen, Druckereien usw. die Kassen und das Schrift- und Druckmaterial der Organisationen möglichst vollständig erfasst wird. Die vorgenannten Behörden haben bei ihren Maßnahmen sich, soweit nötig, miteinander ins Benehmen zu setzen.

Stuttgart, 23. November 1923.

Ministerium des Innern.

## Deutscher Reichstag

Der Reichstag über die innere Lage

Berlin, 22. Nov.

Reichskanzler Stresemann (fortfahrend): Die Vorgänge in München vom 8. und 9. Oktober sind bedauerlich. Die Rückwirkung auf das Ausland ist unanschätzbar. Die bayerische Regierung hat sich Einküffen zugänglich gezeigt, die sich gegen sie selbst richten. Ohne das Eingreifen der Reichsregierung wären die Vorgänge nicht auf München beschränkt geblieben. Verhandlungen zwischen Reich und Bayern bedürften in erster Linie der Rückkehr der verfassungsmäßigen Zustände und der Unterstellung der bayerischen Reichswehr unter die Reichsleitung. (Abg. Hölllein: Und da rufen Sie den Kronprinzen zurück!) Der Reichskanzler: Dafür übernehme ich die volle Verantwortung. Es handelt sich um eine Frage der Reichsicherheit. Innerhalb der Reichsregierung haben Verhandlungen stattgefunden, inwieweit Änderungen der jetzigen Verfassung gegenüber den Ländern — denn das ist nicht bloß eine bayerische Frage — möglich ist. (Unruhe links.) Den Vorgängen in Sachsen und Thüringen konnte man nicht anders als mit bewaffneter Macht entgegenzutreten.

Die Lage Deutschlands macht ausländische Finanzhilfe nötig. Bis jetzt ist nur ein Angebot von einer Milliarde Goldmark beim Vorsitzenden des Deutschen Grundbesitzerverbands eingegangen. Es ist nicht meine Schuld, daß dieses Angebot die Zustimmung enthielt, der Kredit werde nur gegeben, wenn ich Reichskanzler bleibe. (Hört, hört!)

Wir sind jetzt erst in die Abwicklung des Kriegs und des Friedens eingetreten. Unsere einzige Waffe ist die Einigkeit des deutschen Volks. Es geht jetzt nicht um eine Wiederherstellung des Alten oder eine Revolution, sondern um Entwicklung und Zusammenfassung. Ich bedaure den Zusammenbruch der Großen Koalition. Das neue System, das Abg. Herzig (Deutschland) vorgeschlagen hat, würde eine rein materialistische Wirtschaft sein; dieses neue Kabinett des Vertrauens ist ja noch gar nicht da. Wir wünschen schnelle Entscheidung der Vertrauensfrage.

Von der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei ist der Antrag eingegangen: Der Reichstag entlehnt der Reichsregierung das Vertrauen, dessen sie nach Art. 54 der Reichsverfassung bedarf.

Reichsfinanzminister Dr. Luther ergreift das Wort, während die meisten Abgeordneten den Saal verlassen. Er führt aus: Die ungeheuren Finanznöte des Reichs werden zu äußerster Sparsamkeit zwingen. Die Rentenmark kann nicht ausgeweitet werden, da sie sonst auch der Inflation verfiel. Wir werden eine neue scharfe Steuerpolitik durchsetzen müssen. Aber auch diese Steuern werden zur Deckung des Reichsbedarfs nicht ausreichen. Wir werden bis 30. Sept. 1924 zu einer Erhöhung der Mieten kommen. Gegen Ueberforderung der Goldmarkpreise werden wir vorgehen.

Abg. Marx verliest eine Erklärung des Zentrums, die bedauert, daß das Reich im Augenblick der schwersten feindlichen Bedrängung durch innerpolitischen Haß zerfällt werde. Das Zentrum stelle sich aus vaterländischen Gründen hinter Stresemann. Es billige das Vorgehen gegen Sachsen und Thüringen und erwarte, daß das Verhältnis zwischen Bayern und Reich in verfassungsmäßige Bahnen geleitet werde.

Abg. Scholz (D.Volksp.) billigt die Erklärungen der Regierung. Die Partei werde sich jedem Versuch, die gegenwärtige Regierung zu beseitigen, widersetzen.

Abg. v. Graefe (Deutschvölk. Freiheitsp.): Die Mißerfolge des Kabinetts Stresemann nach außen und innen sind geradezu ungeheuerlich. Das ist ein merkwürdiges Regieren, nachdem das auf die Große Koalition zugeschnittene Ermächtigungsgesetz gefallen ist. Auch die Rentenmark wird der Spekulation verfallen. Herr v. Kahr will unter ultramontanem Einfluß ein römisches Reich deutscher Nation unter Mitteleuropäer Kofferkrone. (Hört, hört! links.) Auf der Gegenseite steht die schwarz-weiß-rote Politik in Bayern. Die Nationalsozialisten sind das stärkste Gegengewicht gegen die Ubertrennungsbefürwörter der Herren Kahr und Lohsohn. Der Reichstag müßte dahin geschickt werden, wozu er gehört.

Abg. Frölich (Soz. Ministerpräsident von Thüringen): Nirgends herrscht so viel Ruhe wie in Thüringen. (Große Heiterkeit.) Nichtrepublikaner haben bei uns nichts zu suchen. Der Kampf wird heute gegen die republikanische Sozialdemokratie geführt. Der militärische Ausnahmezustand ist eine Gefahr für die Republik geworden.

Reichswehrminister Dr. Behler legt Bernachtung gegen die Andeutungen des Abg. Graefe ein, daß die umstürzlerischen Pläne seiner Partei nur mit Hilfe der Reichswehr durchgeführt werden können. Die Reichswehr werde ihren Eid nicht brechen.

Abg. Felsch (Soz. Ministerpräsident in Sachsen) bringt Beschwerden vor gegen Mißhandlungen und Verhaftungen sächsischer Staatsangehöriger durch die Reichswehr. Die Entlassung sächsischer Polizeibeamten durch den Militärbefehlshaber sei ein Eingriff in die Hoheit der Landesregierung.

Abg. Brüninghaus (D.Volksp., aus Sachsen) wendet sich gegen die Darstellung des Abg. Felsch. Im Gegenteil habe das Bürgerturn und ein großer Teil der sozialdemokratischen Arbeiter Sachsens es mit Freuden aufgenommen, daß die Reichsregierung dem Ministerium Zeigner ein Ende gemacht habe.

Abg. Leuthäuser (D.V.) bezeugt dasselbe von Thüringen. Die rohen Gewalttaten der Kommunisten seien erst durch die Reichswehr unterdrückt worden. Die ganze Bürgerchaft sei der Reichswehr dankbar.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen wird die Sitzung auf Freitag 11 Uhr vertagt. Schluß 9 Uhr.

Berlin, 23. November.  
Präsident Eibe eröffnet die Sitzung 11.30 Uhr.

Es liegen drei Mißtrauensanträge vor: der Deutschnationalen, der Sozialdemokraten und der Kommunisten, letzterer lautet: Die Regierung hat nicht das Vertrauen des Reichstags.

Reichskanzler Dr. Stresemann gibt folgende Erklärung ab:

Der Antrag Müller-Franken und Genossen spricht ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung aus, das im einzelnen motiviert ist. Diese Begründung des Mißtrauensvotums ergäbe parlamentarisch-tatsächlich die Möglichkeit, daß die eingegangenen Mißtrauensvoten aus ganz verschiedenen Beweggründen ja abgelehnt würden. Die Reichsregierung hat nicht die Absicht, ihre Geschäfte fortzuführen auf Grund irgendwelcher, durch parlamentarische Arithmetik herbeigeführten Entscheidung. Die Reichsregierung fordert eine klare und unzweideutige Entscheidung darüber, ob sie das Vertrauen des Parlaments besitzt oder nicht. Ich richte daher an die Fraktionen, die der Regierung nahe stehen, die Bitte, durch Einbringung eines Vertrauensvotums eine klare Entscheidung herbeizuführen. (Lebhafte Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Dr. Scholz (D. Sp.) bringt darauf folgenden Vertrauensantrag ein:

„Der Reichstag spricht der Reichsregierung das Vertrauen aus.“ Das Vertrauensvotum ist unterzeichnet von Dr. Scholz (D. Sp.), Marx (Z.) und Erkelens (Dem.)

Abg. Erkelens (Dem.) erklärt, selten habe ein Parlamentarier so offen von der Tribüne Hochverrat geäußert, wie der deutsch-völkische Abg. v. Graefe. Das Rheinland ist heute der französische Kriegsschauplatz. Die rheinische Bevölkerung wird auf die härteste Probe gestellt. Die letzte Entscheidung der Reichsregierung in bezug auf die Entlastung von Leistungen hat dort die stärkste Erregung hervorgerufen. Der Redner bedauert das Ende der Großen Koalition, ohne die die großen Probleme, vor die Deutschland gestellt sei, überhaupt nicht gelöst werden könnten.

Abg. Leicht (D. Sp.) mahnt zur Ruhe und Besonnenheit. Der Redner bespricht dann die Vorgänge in Tage 2. Der Münchner Putsch sei ein Verbrechen am ganzen deutschen Volk gewesen. Rassenhaß und Klassenhaß seien mit dem Christentum unvereinbar. In Bamberg hätten 10jährige Reichshüter Parteien für und gegen Kahr gebildet. Von Dr. Stresemann könne man nicht mehr erwarten, daß den Worten auch die entsprechenden Taten folgen. Die bayerische Volkspartei könne daher dem Vertrauensvotum nicht zustimmen.

Reichswehrminister Dr. Behler geht dann ausführlich auf die geringen Ausführungen der Ministerpräsidenten von Sachsen und Thüringen ein. Als die Ernennung Kahrs in Bayern erfolgte, habe die Regierung annehmen müssen, daß diese zur Ausführung größerer Bewegungen in Norddeutschland führen würde. Es müsse daher eine Stellung eingenommen werden, in der man möglichst gefestigt war. Das konnte nur Mitteldeutschland sein. Dem sächsischen Ministerpräsidenten gegenüber ist zum Ausdruck gebracht worden, daß wir keine Landesregierung anerkennen können, in der sich Kommunisten befinden.

## Der Vertrauensantrag abgelehnt

Der Reichstag hat den Vertrauensantrag der drei bürgerlichen Regierungsparteien für das Kabinett Stresemann mit 230 gegen 155 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt.

## Parteiverbot

Berlin, 23. Nov. Der Oberbefehlshaber der Reichswehr General von Seeckt hat unter dem 20. November die Organisationen und Einrichtungen folgender Parteien verboten: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei; Deutschvölkische Freiheitspartei; Kommunistische Partei Deutschlands; Kommunistische Jugend; Kommunistische Dritte Internationale.

Der Verordnung ist folgende Begründung beigelegt:

Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei hat es unternommen, Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam zu verleiten und die Regierung des Deutschen Reichs durch bewaffneten Aufruhr zu stürzen. Die Deutschvölkische Freiheitspartei vertritt dieselben Ziele wie die N.S.D.A.P. Ihr Führer v. Graefe hat an dem Umsturzwersuch teilgenommen, ihn öffentlich ausdrücklich gebilligt und dabei die Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam aufgefordert.

Die Kommunistische Partei hat durch ihren bewaffneten Aufruhr in Hamburg, durch ihre Betätigung ihrer übrigen Bezirke — namentlich in Sachsen und Thüringen — und durch die Aufrufe und Rundschreiben der Reichszentrale in den letzten beiden Monaten erwiesen, daß sie bestrebt ist, Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam gegen ihre Vorgesetzten und die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Anordnungen der Inhaber der vollziehenden Gewalt zu verleiten und durch politische Generalstreiks und bewaffneten Aufruhr die verfassungsmäßige Staatsform des Deutschen Reichs zu zerstören. Die Kommunistische Jugend hat sich an diesen Verbrechen durch die Tat und durch mündliche und schriftliche Rundschreiben beteiligt. Die Dritte Internationale, der die R. P. D. und K. J. angehören, hat diese Befehle gebilligt und für sie durch Schriften geworben.

## Neue Nachrichten

Großhospial und Reichseisenbahn

Berlin, 23. Nov. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat im Reichstag folgende Anfrage eingebracht: Durch die Presse gehen Mitteilungen über zwei Vertragsabschlüsse der Reichsbahn. Demnach soll ein Vertrag mit einer Bank abgeschlossen worden sein.

nach dem Namen vermittelt. Der Reichstag über Vertrag abgelehnt worden. Berlin, 23. Nov. Die Reichsregierung hat durch ihre Betätigung ihrer übrigen Bezirke — namentlich in Sachsen und Thüringen — und durch die Aufrufe und Rundschreiben der Reichszentrale in den letzten beiden Monaten erwiesen, daß sie bestrebt ist, Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam gegen ihre Vorgesetzten und die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Anordnungen der Inhaber der vollziehenden Gewalt zu verleiten und durch politische Generalstreiks und bewaffneten Aufruhr die verfassungsmäßige Staatsform des Deutschen Reichs zu zerstören. Die Kommunistische Jugend hat sich an diesen Verbrechen durch die Tat und durch mündliche und schriftliche Rundschreiben beteiligt. Die Dritte Internationale, der die R. P. D. und K. J. angehören, hat diese Befehle gebilligt und für sie durch Schriften geworben.

Berlin, 23. Nov. Die Reichsregierung hat durch ihre Betätigung ihrer übrigen Bezirke — namentlich in Sachsen und Thüringen — und durch die Aufrufe und Rundschreiben der Reichszentrale in den letzten beiden Monaten erwiesen, daß sie bestrebt ist, Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam gegen ihre Vorgesetzten und die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Anordnungen der Inhaber der vollziehenden Gewalt zu verleiten und durch politische Generalstreiks und bewaffneten Aufruhr die verfassungsmäßige Staatsform des Deutschen Reichs zu zerstören. Die Kommunistische Jugend hat sich an diesen Verbrechen durch die Tat und durch mündliche und schriftliche Rundschreiben beteiligt. Die Dritte Internationale, der die R. P. D. und K. J. angehören, hat diese Befehle gebilligt und für sie durch Schriften geworben.

Berlin, 23. Nov. Die Reichsregierung hat durch ihre Betätigung ihrer übrigen Bezirke — namentlich in Sachsen und Thüringen — und durch die Aufrufe und Rundschreiben der Reichszentrale in den letzten beiden Monaten erwiesen, daß sie bestrebt ist, Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam gegen ihre Vorgesetzten und die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Anordnungen der Inhaber der vollziehenden Gewalt zu verleiten und durch politische Generalstreiks und bewaffneten Aufruhr die verfassungsmäßige Staatsform des Deutschen Reichs zu zerstören. Die Kommunistische Jugend hat sich an diesen Verbrechen durch die Tat und durch mündliche und schriftliche Rundschreiben beteiligt. Die Dritte Internationale, der die R. P. D. und K. J. angehören, hat diese Befehle gebilligt und für sie durch Schriften geworben.

Berlin, 23. Nov. Die Reichsregierung hat durch ihre Betätigung ihrer übrigen Bezirke — namentlich in Sachsen und Thüringen — und durch die Aufrufe und Rundschreiben der Reichszentrale in den letzten beiden Monaten erwiesen, daß sie bestrebt ist, Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam gegen ihre Vorgesetzten und die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Anordnungen der Inhaber der vollziehenden Gewalt zu verleiten und durch politische Generalstreiks und bewaffneten Aufruhr die verfassungsmäßige Staatsform des Deutschen Reichs zu zerstören. Die Kommunistische Jugend hat sich an diesen Verbrechen durch die Tat und durch mündliche und schriftliche Rundschreiben beteiligt. Die Dritte Internationale, der die R. P. D. und K. J. angehören, hat diese Befehle gebilligt und für sie durch Schriften geworben.

Berlin, 23. Nov. Die Reichsregierung hat durch ihre Betätigung ihrer übrigen Bezirke — namentlich in Sachsen und Thüringen — und durch die Aufrufe und Rundschreiben der Reichszentrale in den letzten beiden Monaten erwiesen, daß sie bestrebt ist, Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam gegen ihre Vorgesetzten und die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Anordnungen der Inhaber der vollziehenden Gewalt zu verleiten und durch politische Generalstreiks und bewaffneten Aufruhr die verfassungsmäßige Staatsform des Deutschen Reichs zu zerstören. Die Kommunistische Jugend hat sich an diesen Verbrechen durch die Tat und durch mündliche und schriftliche Rundschreiben beteiligt. Die Dritte Internationale, der die R. P. D. und K. J. angehören, hat diese Befehle gebilligt und für sie durch Schriften geworben.

Berlin, 23. Nov. Die Reichsregierung hat durch ihre Betätigung ihrer übrigen Bezirke — namentlich in Sachsen und Thüringen — und durch die Aufrufe und Rundschreiben der Reichszentrale in den letzten beiden Monaten erwiesen, daß sie bestrebt ist, Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam gegen ihre Vorgesetzten und die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Anordnungen der Inhaber der vollziehenden Gewalt zu verleiten und durch politische Generalstreiks und bewaffneten Aufruhr die verfassungsmäßige Staatsform des Deutschen Reichs zu zerstören. Die Kommunistische Jugend hat sich an diesen Verbrechen durch die Tat und durch mündliche und schriftliche Rundschreiben beteiligt. Die Dritte Internationale, der die R. P. D. und K. J. angehören, hat diese Befehle gebilligt und für sie durch Schriften geworben.

Berlin, 23. Nov. Die Reichsregierung hat durch ihre Betätigung ihrer übrigen Bezirke — namentlich in Sachsen und Thüringen — und durch die Aufrufe und Rundschreiben der Reichszentrale in den letzten beiden Monaten erwiesen, daß sie bestrebt ist, Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam gegen ihre Vorgesetzten und die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Anordnungen der Inhaber der vollziehenden Gewalt zu verleiten und durch politische Generalstreiks und bewaffneten Aufruhr die verfassungsmäßige Staatsform des Deutschen Reichs zu zerstören. Die Kommunistische Jugend hat sich an diesen Verbrechen durch die Tat und durch mündliche und schriftliche Rundschreiben beteiligt. Die Dritte Internationale, der die R. P. D. und K. J. angehören, hat diese Befehle gebilligt und für sie durch Schriften geworben.

Berlin, 23. Nov. Die Reichsregierung hat durch ihre Betätigung ihrer übrigen Bezirke — namentlich in Sachsen und Thüringen — und durch die Aufrufe und Rundschreiben der Reichszentrale in den letzten beiden Monaten erwiesen, daß sie bestrebt ist, Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam gegen ihre Vorgesetzten und die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Anordnungen der Inhaber der vollziehenden Gewalt zu verleiten und durch politische Generalstreiks und bewaffneten Aufruhr die verfassungsmäßige Staatsform des Deutschen Reichs zu zerstören. Die Kommunistische Jugend hat sich an diesen Verbrechen durch die Tat und durch mündliche und schriftliche Rundschreiben beteiligt. Die Dritte Internationale, der die R. P. D. und K. J. angehören, hat diese Befehle gebilligt und für sie durch Schriften geworben.

Berlin, 23. Nov. Die Reichsregierung hat durch ihre Betätigung ihrer übrigen Bezirke — namentlich in Sachsen und Thüringen — und durch die Aufrufe und Rundschreiben der Reichszentrale in den letzten beiden Monaten erwiesen, daß sie bestrebt ist, Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam gegen ihre Vorgesetzten und die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Anordnungen der Inhaber der vollziehenden Gewalt zu verleiten und durch politische Generalstreiks und bewaffneten Aufruhr die verfassungsmäßige Staatsform des Deutschen Reichs zu zerstören. Die Kommunistische Jugend hat sich an diesen Verbrechen durch die Tat und durch mündliche und schriftliche Rundschreiben beteiligt. Die Dritte Internationale, der die R. P. D. und K. J. angehören, hat diese Befehle gebilligt und für sie durch Schriften geworben.

Berlin, 23. Nov. Die Reichsregierung hat durch ihre Betätigung ihrer übrigen Bezirke — namentlich in Sachsen und Thüringen — und durch die Aufrufe und Rundschreiben der Reichszentrale in den letzten beiden Monaten erwiesen, daß sie bestrebt ist, Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam gegen ihre Vorgesetzten und die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Anordnungen der Inhaber der vollziehenden Gewalt zu verleiten und durch politische Generalstreiks und bewaffneten Aufruhr die verfassungsmäßige Staatsform des Deutschen Reichs zu zerstören. Die Kommunistische Jugend hat sich an diesen Verbrechen durch die Tat und durch mündliche und schriftliche Rundschreiben beteiligt. Die Dritte Internationale, der die R. P. D. und K. J. angehören, hat diese Befehle gebilligt und für sie durch Schriften geworben.

Berlin, 23. Nov. Die Reichsregierung hat durch ihre Betätigung ihrer übrigen Bezirke — namentlich in Sachsen und Thüringen — und durch die Aufrufe und Rundschreiben der Reichszentrale in den letzten beiden Monaten erwiesen, daß sie bestrebt ist, Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam gegen ihre Vorgesetzten und die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Anordnungen der Inhaber der vollziehenden Gewalt zu verleiten und durch politische Generalstreiks und bewaffneten Aufruhr die verfassungsmäßige Staatsform des Deutschen Reichs zu zerstören. Die Kommunistische Jugend hat sich an diesen Verbrechen durch die Tat und durch mündliche und schriftliche Rundschreiben beteiligt. Die Dritte Internationale, der die R. P. D. und K. J. angehören, hat diese Befehle gebilligt und für sie durch Schriften geworben.

23. November.  
11.30 Uhr.  
träge vor: der  
nd der Kommu-  
nicht das Ver-

folgende Erkl.

fen spricht ein  
Das im einzelnen  
nuensociums er-  
daß die einge-  
ledenen Beweg-  
lerung hat nicht  
Grund irgend-  
herbeiführten  
eine klare und  
das Vertrauen  
daß daher an die  
die Bitte, durch  
klare Entschei-  
Regierungs-

folgenden Ver-

das Vertrauen  
von Dr. Schö-  
gabe ein Parla-  
mentar sprichst.  
Das Rheinland  
rheinische Be-  
st. Die Zeit  
auf die Entsch-  
regung herber-  
Großen Kon-  
die Deutschlan-

und Belange  
in Folge n.  
anzien Deutsch-  
leben mit den  
sien 19jähriger  
Welt. Von Dr.  
daß den Bio-  
Die Bayerische  
nicht zu

mit ausfüh-  
präsidenten von  
nung Kates in  
en müssen, bei  
in Norddeutsch-  
Stellung einge-  
wert war. Das  
sichen Minister-  
braucht werden.  
können, in der

nt  
er drei hiege-  
eremann mit  
abgelehnt.

el;  
lands;  
tionale.

ng beigefügt;  
interpartei  
zum Angehör-  
sicheren Reichs  
Deutschschö-  
le R. S. U. P.  
auch teilgenom-  
babe die Sol-  
drert.

urch ihren be-  
tätigung ihrer  
Thüringen -  
Reichsgenoss-  
die bestritt  
gen ihre Eo-  
gegen die Ar-  
it zu verhalten  
eten Auffwand  
n Reichs um  
an diesen Be-  
und Schrifts-  
monate, der die  
reibungen be-

ten  
schen Volk-  
macht. Durch  
verfrag-  
soll einmal  
worden sein

nach dem diese große Teile der Güterverkehrsein-  
nahmen erhebt und ihre Abführung an die Reichskasse  
vermittelt. Durch die Art der Vertragsbestimmungen sollen  
der Reichsbank sehr große Geldentwer-  
fungsverluste entstehen. Ferner soll ein Kaufver-  
trag über englische Kohlen auf Kredit und gegen  
Verpfändung reichseigenen Vermögens abgeschlossen  
worden sein. Hierdurch kann bei der mäßigen Vermögens-  
lage des Reichs die Gefahr des Verlustes wertvol-  
len Reichseigentums entstehen. Vor allem aber  
würde ein solcher Vertrag mit der Lage des inländischen  
Kohlenmarkts in Widerspruch stehen. Ist die Reichsregie-  
rung bereit, diese Verträge dem Reichstag zur Genehmigung  
oder zur Kenntnis vorzulegen?"

### Militäransatz der Sozialdemokraten

Berlin, 23. Nov. Nach Schluß der Reichstags-  
sitzung wurde, folgenden Militäransatz in Reichs-  
tag einzubringen: Die Reichsregierung hat den militärischen  
Ausnahmestand in Sachsen und Thüringen, ohne daß hier-  
für sachliche Gründe vorliegen, in scharfer Form angewandt.  
gegen die verfassungswidrigen Zustände in Bayern aber  
nicht eingeschritten. Sie hat daher nicht das Ver-  
trauen des Reichstags.

### Die Rentenmark kommt?

Berlin, 23. Nov. Beim Empfang der Vertreter der Presse  
erklärte das Verwaltungsratsmitglied der neuen Rentenbank,  
Dr. Hilger, die Bank sei ihrer Geldgeberin, der deutschen  
Wirtschaft, genaueste Rechenhaft schuldig über die Sum-  
men, die sie der Reichsverwaltung als Darlehen übergebe.  
Die Bank müsse daher von der Regierung die Ausstellung des  
Reichshaushaltplans in Goldmark, die Ausgliederung des  
Haushalts und größte Sparmaßnahme durch Beamtenabbau,  
Umwandlung der planlosen Erwerbslosenfürsorge in eine  
wirtschaftliche, Ertragsfähigkeit der Eisenbahnen usw. ver-  
langen. Die Steuern müßten der Zahl nach weitgehend ein-  
geschänkt werden, dagegen soll darauf gehalten werden,  
daß die Steuern möglichst einträglich sind. Bis 21. Nov. seien  
der Reichsbank etwa 340 Millionen Rentenmark zur Ver-  
fügung gestellt worden, ein Betrag, der, in Goldmark umge-  
rechnet, doppelt so groß sei, als der augenblicklich umlaufende  
Papiermarkbetrag. Täglich werden 40 Millionen Mark  
Rentenmark fertig. Außerdem soll auf den Kopf der Bevölke-  
rung eine Mark in Rentenpfennigen kommen. Bis Mitte  
Dezember hoffe man den ganzen Papiergeldumlauf in Ren-  
tenmark decken zu können. Die Postanstalten sollen Renten-  
mark schon in den nächsten Tagen in den Verkehr bringen.  
Durch Eingiebung der Papiermark werde allerdings unver-  
meidlich eine starke Zahlungsmittelknappheit eintreten. Hier-  
durch werde aber das Hamstern von Rentenmark in größerem  
Einkauf selbst unterbunden. Die Rentenpresse drückt nur noch,  
soweit die Reichsbank Gold oder gute Warenechsel in Hän-  
den hat.

### Die Stimme Hindenburgs

Hannover, 23. Nov. Generalfeldmarschall von Hinden-  
burg veröffentlicht folgende Kundgebung: Ich beklage tief,  
daß deutsche von gleicher Vaterlandsliebe besetzte Bürger sich  
in München feindselig gegenübertraten und damit zur Freude  
unserer Gegner einen Riß im Volkesein geschlossen haben.  
Nicht Euch, wie wir Allen es 1866 auch getan haben, aber  
die Gräber der auf beiden Seiten im letzten Glauben auf ihr  
gutes Recht Gefallenen hinweg zur Verhöhnung die Hand!  
Unser armes Vaterland bedarf in der größten Not doppelt  
der Einigkeit.

### Goldminen

Berlin, 23. Nov. Gestern nachmittag fanden im Reichs-  
finanzministerium nochmals mit den Vertretern der Staats-  
arbeiter Verhandlungen über die Einführung von Goldminen  
statt. Nach den von der Regierung vorgeschlagenen Sätzen  
würde ein verheirateter Staatsarbeiter mit einem Kind etwa  
70 Prozent seines Vorkriegseinkommens erhalten. Gegenüber  
den Einwendungen der Gewerkschaften, die sich mit den vor-  
geschlagenen Sätzen nicht einverstanden erklärten, wurde da-  
rauf hingewiesen, daß in den Staatsbetrieben im Gegensatz  
zur Privatindustrie noch keinerlei Kurzarbeit eingeführt ist  
und die Staatsarbeiter ihren vollen Lohn erhalten.

### Die Kruppdirektoren in Freiheit

Köln, 23. Nov. Nachdem Krupp v. Bohlen und Halbach  
und die in Haft befindlichen Direktoren Hartwig, Desterle,  
Bruhn, sowie das Betriebsratsmitglied Müller Strafhaft  
erhalten hatten, sind heute, wie der Köln. Zeitung aus Es-  
sen gemeldet wird, auch die anderen Krupp-Direktoren, die  
bei dem Krupp-Prozess in Abwesenheit teils zu noch höheren  
Freiheitsstrafen als die vorgeannten Herren verurteilt wor-  
den waren, nämlich Geheimrat Kunz, Geheimrat Baur und  
Schrüpler, unbeschädigt von den Franzosen zurückgeführt. Die  
Franzosen mußten dieses Zugeständnis machen, damit die  
Firma Krupp das mit der Ingenieurkommission geschlossene  
Abkommen durchführen kann.

### Bisher 200 000 Billionen gerammt

Berlin, 23. Nov. Am 18. ds. Mts. haben die Franzosen  
bei der Reichsbankstelle Düsseldorf 35 000 Billionen Mark be-  
schlagnahmt. Die Gesamtsumme der von den Franzosen und  
Belgiern seit dem Einbruch in das Ruhrgebiet fortgenom-  
menen Reichsbankgelder, hat damit die Höhe von 200 000  
Billionen überschritten.

### Die Einstellung der Eisenbahnen

Düsseldorf, 23. Nov. Die Pariser Wälder melden aus  
Düsseldorf, daß sich bis jetzt 126 037 deutsche Eisenbahner  
zum Dienst unter französischer Verwaltung gemeldet haben  
und denen 43 629 eingestellt worden seien.

### Blutiger Zusammenstoß in Offen

Offen, 23. Nov. Bei einem Zusammenstoß zwischen einer  
Kette, die eine Rundgebung veranstaltete, mit der Polizei  
sind von ersteren 7 Personen erschossen worden.

[Klein amerikanischer Lebensmittelgeschäft für Deutschland]  
London, 23. Nov. Die Morning Post berichtet aus  
Washington, Staatssekretär Hoover habe die Absicht, bei  
Ankunft, den Vorschlag an Deutschland zur Lebensmittels-  
beschaffung zu demütigen, bestritten. Deutschland verfügt

## Mit verbundenen Augen

gehen Sie durch die Welt, wenn Sie keine Zeitung  
lesen. Der Gesellschaftler unterrichtet Sie über alle  
Vorgänge in der ganzen Welt und übermitteln  
Ihnen einen unentbehrlichen, zum ausgebauten Haus-  
bestell, so daß Sie sich selbst ein Urteil bilden können.  
Zücken Sie heute noch den Begüßel aus.

Aber genügend eigene Lebensmittel, die Kulkäufe in Amerika  
würden doch nur der Spekulation der Finanzleute  
dienen. Der frühere Hilfsausschuss habe nur den Zweck ge-  
habt, den von Hungernot betroffenen Gegenden in Ruß-  
land Hilfe zu bringen. Der Ausschuss werde jetzt aufgelöst.

## Württemberg

Stuttgart, 23. Nov. Vom Landtag. Die Abg. Dr.  
Reichwänger, Weber und Dr. Schöb (Bürgerp.) haben fol-  
gende kleine Anfrage gestellt: Nach Zeitungsnachrichten  
wird die französische Regierung die Frage der Ausliefe-  
rung der sogenannten Kriegsverbrecher  
auf neue aufrollen. Wie bekannt, liegt auf deutscher Seite  
ein erhebliches Material betreffend französische Kriegsver-  
brecher vor. Allgemein ist man darüber erstaunt und em-  
pört, daß dieses Material nicht längst vor der ganzen Welt  
ausgehört worden ist. Ist das Staatsministerium bereit,  
bei der Reichsregierung in dieser Hinsicht mit allem Nach-  
druck vorstellig zu werden? Wir begnügen uns mit schrift-  
licher Antwort.

Stuttgart, 23. Nov. Mäherdefämpfung auf  
dem Viehmarkt. Von zuständiger Seite wird mitge-  
teilt: Auf dem Stuttgarter Viehmarkt am 22. Novem-  
ber hat das Veterinäramt den Viehhändler Wolf Hirsch-  
beimer von Mäherdefämpfung vorläufig festgenommen,  
weil er den frischen Angemessenheitspreis von 60 Gold-  
pfennig für das Pfund Lebendgewicht für einen 10 Jhr.  
schweren Stier um über 40 Prozent überschritten hätte.  
Hirschbeimer wurde, da ein besonders schwerer Fall von  
Verweigerung und Ueberschreitung von Goldmarktpreisen vor-  
lag, vom Polizeipräsidium vorläufig in Schutzhaft genom-  
men und beim Militärbehörden Erlassung eines Schutz-  
haftbefehls beantragt.

Kartoffelverfälschung. Vom 11. bis 17. Nov. sind durch die  
Bahn wieder rund 65 000 Ztr. Kartoffeln nach Württemberg  
eingeführt worden, wovon 32 000 Ztr. auf Stuttgart lauten.

Insatz zu Papierzahlung. Die Stuttgarter Währungs-  
kommission fordert die Mitglieder auf, bei der Abgabe von Geldscheinen  
gegen Papierzahlung einen Aufschlag von 10 Prozent  
einzutragen, wie dies viele andere Geldscheine auch tun.

Ueber 5000 Arbeitslose. Die Zahl der Unterstüßung be-  
ziehenden Erwerbslosen im Stadtbezirk Stuttgart betrug zu  
Beginn des Monats 3181 männliche und 376 weibliche,  
zusammen 3557 Personen. Am 15. Nov. waren vorhanden  
4000 männliche und 388 weibliche, zusammen 4388 Personen.

Belegschaften. In der Druckerei der „Südd. Arbeiter-  
zeitung“, die vom Militärbefehlshaber bis 28. November  
verboten ist, wurde bei einer Hausdurchsicht durch die Polizei  
festgestellt, daß verbotenerweise als Ersatz ein Nachrichten-  
blatt hergestellt wurde. Die ganze Auflage wurde beschlagnahmt.  
Der verantwortliche Herausgeber, der kommunistische  
Abgeordnete Steiner und das ganze bei der Herstellung und  
dem Versand beschäftigte Personal wurden festgenommen.

Theaterbetrieb eingestellt. Das Stuttgarter Schauspiel-  
haus sieht sich wegen der hohen Luftverkehrssteuer genötigt,  
den Betrieb einzustellen. Dem Personal, 60 Personen, ist ge-  
kündigt worden.

Freudenstadt, 23. Nov. Zwei Kinder ertrunken.  
Die vierjährigen Zwillingsschwägerchen des Lokomotivheizers  
Gert Gröschler führten in Christophthal Schützen. Dabei  
griet der Schützen über eine kleine Böschung hinunter in den  
reißenden Bach. Die Strömung zog die Kinder fort und  
erst eine halbe Stunde später wurden die beiden Kinder einige  
hundert Meter unterhalb der Unfallstelle tot aus dem Wasser  
gezogen.

Wörnersberg. Bestätigt wurde die Wahl des Bauern  
Friedrich Heuerer jung zum Ortsvorsteher der Gemeinde  
Wörnersberg.

## Aus Stadt und Bezirk.

Regeld, den 24. November 1923.

### Zum Totensonntag

So oft wir der Toten gedenken, drängt sich der Gedanke  
auf: sie haben's gut, sie erleben diese böse Zeit nicht mehr.  
Wie möchten einem jeden gönnen! Aber wir dürfen auch  
nicht oberflächlich werden. Das Erleben macht einen Men-  
schen nicht fertig; es ist nur die Wage, die anzeigt, ob etwas  
Wertbeständiges in ihm war. Darum segnen wir die Toten,  
deren Namen sich mit dem Griff echter Liebe unvergänglich  
in unser Herz geschrieben haben; darum sagt die Bibel: Selig  
sind die Toten, die in dem Herrn sterben. Wer das Gedäch-  
nis solcher Toten pflegt und in ihren Spuren geht, der wird  
inne: wahrhaft leben, heißt für andere leben, heißt die Quelle  
des Lebens finden in Gott. Und dann beneidet man die  
Toten nicht um ihre Ruhe, sondern müht sich derer wert zu  
werden, die den guten Kampf gekämpft haben. Uns winkt  
nur dieselbe unvergängliche Arone wie ihnen, und sie leuchtet  
um so heller, je dunkler unsere Zeit ist. S. P.

### Spruch

#### Wedenke Mensch

Der Gedanke des Todes muß unser Vorfahrungsmittel,  
aber nicht unser Endzweck sein; wenn in das Herz wie in die  
Herzblutleiter einer Wunde, die Wundheilung fällt, so zerfällt  
sie, anstatt zu befruchten. Jean Paul

Der Tod ist 'n eigener Mann. Er streift den Dingen dieser Welt  
Ihre Augenbogensicht ab und schließt das Auge zu Adamen und das  
Herz zur Höllernheit auf. Es ist ein großer Gewinn, alles, was  
man tut, wie unter seinen Augen zu tun. Claudius.  
In den Ruhestand versetzt wurde Oberrechnungsrat  
Rüg er, Konzeptschriftführer des Oberlandesgerichts in Stuttgart.

Die Großhandelsinbezucht auf den Stichtag des 20. No-  
vember beträgt nach der Berechnung des Statistischen Reichs-  
amts bei einem amtlichen Dollarkurs von 4,2 Billionen das  
1413-milliardeische des Vorkriegesstands. Die Zahl ist gegen-  
über dem 13. November (265,6-milliardeische) um 82,1  
Prozent gestiegen.

Zu Landabgabe. Die Württ. Landwirtschaftskammer hat  
auf Grund einwandfreier Nachrichten, daß in Bayern vom  
1.-8. Nov. nicht nur die auf 1. Nov. fällige Landabgabe  
zum Kurs von 17 Milliarden bezahlt werden konnte, sondern  
daß bei den dortigen Finanzämtern auch Vorauszahlungen  
für die kommenden Monate möglich waren, an das Württ.  
Landesfinanzamt das dringende Ersuchen gerichtet, in Hilfe  
dafür zu sorgen, daß den württ. Steuerpflichtigen die glei-  
chen Vergünstigungen zuteil werden wie den bayerischen.

Die Reichsinduziffer für die Lebenshaltungskosten (Er-  
nährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung)  
beträgt sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichs-  
amts für Montag, 17. November, auf das 831-Milliarde-  
ische der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vor-  
woche (218,5-Milliardeische) beträgt demnach 280,3 Proz.

Invaliden- und Angehörtenversicherung. Aus der Preis-  
und Lohnbewegung der letzten Tage zieht die Verordnung  
des Reichsarbeitsministers vom 16. November für die Ein-  
reihung der Versicherten in die Lohn- und Gehaltsklassen  
44 bis 50 die notwendigen Folgerungen. Die Jahresarbeits-  
verdienste werden vom 19. November an veranschlagt. Dem  
einfachen Jahresarbeitsverdienst entspricht der fünfte Teil  
des Beitrag. In der Invalidenversicherung umfaßt die niedrigste  
Lohnklasse 44 Tagesverdienste bis zu 125 Milliarden Mark  
mit einem Wochenbeitrag von 95 Milliarden Mark.

Ermäßigung des Gepäcktarifs. Vom 20. November ab  
wird der Gepäcktarif der deutschen Reichsbahn ermäßigt. Er  
wird von diesem Tag ab nach dem um 30 v. H. erhöhten  
Einkaufspreis berechnet. Als Mindestfracht werden 20 Gold-  
pfennig erhoben. Das Mindestgewicht von 10 Kilogramm  
bleibt bestehen. Vom 1. Dezember 1923 ab werden die Ein-  
heitsfrachten der zweiten und ersten Klasse der deutschen Reichs-  
bahn auf 6,8 und 13,2 Goldpfennig herabgesetzt. Damit er-  
gibt sich in den Einheitsfrachten der dritten Klasse zu den übri-  
gen Klassen ein Spannungsverhältnis von 1:1,5:3:6. In  
gleichem Verhältnis werden auch die Schnellzugzuschläge  
festgelegt.

Der Preis der Fahrradkarten ist auf 30 Goldpfen-  
ning und die Mindestfracht bei Aufgabe mehrerer Fahrräder  
einen oder mit anderem Gepäck auf 40 Goldpfennig für jedes  
Stück herabgesetzt worden.

Industrieetat. In den gestrigen Verhandlungen zwischen  
Arbeitsgeberverband und den Angestelltenvertretern der In-  
dustrie hat man sich dahin geeinigt, daß die Grundgehälter  
die gleichen bleiben, daß 50 Prozent des Bruttoeinkommens in  
wertbeständigem Geld ausbezahlt werden, und daß derjenige  
Betrag dieser 50 Prozent, der nicht in wertbeständigem Geld  
zur Auszahlung kommt, zum Samstagsturz angerechnet  
wird. Da jedenfalls die Berechnung zunächst nach dem Don-  
nerstagsturz geschieht, so ist die Nachzahlung des Kursunter-  
schieds innerhalb zweier Werttage zu leisten.

Käufer erster und zweiter Klasse. Käufer erster Klasse  
sind solche mit wertbeständigem Geld. Sie werden mit be-  
sonderer Höflichkeit bedient und bevorzugt, während die  
übrigen, in Papiermark zahlenden Käufer, als solche zweiter  
Klasse behandelt werden. Glücklich sind diejenigen, die in Be-  
trieben arbeiten, die in wertbeständigem Geld ausbezahlt.  
Weider können nicht alle Firmen die nötigen Summen auf-  
streifen, um ihre Leute mit den so sehr begehrten Industrie-  
und Handelsnoten oder Rentenmarktscheinen zu befriedigen.  
In manchen Geschäften wird, trotz Verbots, auf wertbestän-  
dige Zahlungskarten abgesetzt.

## Handelsnachrichten

Dollarkurs am 23. Nov.: 4 210 500 000 000 (am). New York  
1 Dollar 5 Mill., London 1 Pfd. Sterling 45 Mill., Amsterdam  
1 Gulden 4 Mill., Zürich 1 Franken 1,25 Billionen Mark.

Einheitsliches Notgeld in Württemberg. In der Besprechung  
der Vertreter der württ. Handelskammer und des württ. Städte-  
tags wurde ein Abkommen über die gemeinsame Ausgabe eines  
einheitslichen Notgelds auf der Grundlage der Reichsverordnung  
für Württemberg abgeschlossen. Die Ausgabe ist bis Mitte näch-  
ster Woche zu erwarten. Das Notgeld kann gegen Papiergeld  
erworben werden. Die Scheine werden in erster Linie durch die  
10prozentigen Reichsgoldschonweisungen und daneben durch etwas  
geringere Bekände in Goldanleihe gedeckt.

Berliner Geldmarkt. Der Zinssatz für tägliches Geld stieg am  
23. Nov. bis auf 22 Prozent.

Südd. Edelmetallpreise, 23. Nov. Platin 20-28 d. Gr., Fein-  
gold 45-47, Feinkornsilber 110-130, Silber in Barren 1000 feins  
100-120 Billionen d. M.

Berliner Getreidepreise am 23. Nov. in Goldmark für 100 Kgr.  
Weizen (Märk) 19,40-19,60, Roggen 19,20-19,40, Sommergerste  
17,80-18, Hafer 18-18,20, Weizenmehl 33-35, Roggenmehl 30  
bis 32, Riehe 8,40, Raps 32-33,50, Rapskuchen 13,50-14.  
Weizenmehlpries Spezial Nr. 0 37,20 Goldmark die 100 Kgr.

Stuttgarter Börse, 23. Nov. Die vorgestrigen hohen Kurse  
haben sich nicht halten können, da von auswärtig zum Teil wesent-  
lich niedrigere Kurse gemeldet worden sind. Schon bei Beginn  
war man zurückhaltend und im Verlauf des Tags verlor sich die  
Obersichtlichkeit noch mehr, als beunruhigende Meldungen im  
innerpolitischen Hinsicht eingelaufen sind. Es zeigte sich zum Schluß  
größere Abgabeneigung und die Kurse haben beinahe auf der gan-  
zen Linie Ermäßigungen aufzuweisen; am meisten betroffen waren  
dieserlei Werte, welche vorgestern unverhältnismäßig stark ge-  
stiegen waren. Der Markt der Festverzinslichen war  
wieder recht fest; Dollarische und Goldanleihe mangelte  
Angebot gestrichen, während Reichs-Gold bei 5 Billionen gelocht  
und Festwertbank-Obligationen mit 5,2 Billionen umgekauft wur-  
den. Bankaktien: Hypothekbank 3 (5), Vereinsbank 6 (6,5),  
Notenbank 140 (120), Brauvereiwerke: Hohenjollern 15 (10),  
Eßlinger 6, Reutenmeyer 10, Pfaffen 6, Wulle 10, Junge Wulle 9,7  
(10), Ravensburg 3 (4). Metallaktien: Feinmechanik 63  
(70), Jangbans 12 (14), Metallwaren 55 (60), Andreas Koch -  
Höbner 80 (45). Metallaktien: Dalmier 7,05 (7), Hef-  
fer 9 (10,5), Reichardtmer 9 (10,5), Lampheimer Werkzeug 65 (80),  
Magirus 6,5 (7), Weinsparten 30 (25). Spielereaktien:  
Erlangen 13 (15), Kolb-Schäfer 25 (30), Pfler 45 (60), Ruben  
20 (15), Leinenindustrie 40 (60), Unterbaufen 50, Kollern 50, Filz  
25 (30), Kattan 30 (40), Eßlingen 40. Uebrige Werte: Web-  
Kallm 45 (60), Zementwerk Heidelberg 24 (25), Knappfabrik  
Echordorf 7,5 (7), All-Nottwell 21 (28), Reichswerke 4,5 (5,9),  
Stuttg. Bademühle 19 (21), Stuttg. Jocher 17 (19,9), Jocherwerke



Kunzeberg 10 (17), Bremen-Vollheimer Del 50, Mannheim Del 25, Chr. Vetter Verlag 2.5, Koller Otto 20, Konserden Leibbrand 4.5, Junge 2.8 (4.1), Knerr 12 (20), Otto Kramm 7.5 (8), Vereinsbuchdruckerei 1.9 (2.1), Romlog 4 (4.5), Deutsche Verlagsanstalt 20 (18), Union Deutsche Verlagsgesellschaft 15, Württ. Transport 4 Milliarden, Salzwerk Heilbronn 150, Sekt Wachenheim 25 Geld, Württ. Vereinsbank.

**Märkte**

**Cremlingen, 23. Nov.** Dem Schweinemarkt waren zugeführt 63 Stück Milchschweine. Verkauft wurden 52 Stück. Umsatzen waren 15 Verkäufer. Preis je Paar 25-35 RM. Handel langsam.

**Schönbach, 23. Nov.** Schweinepreis. Dem Schweinemarkt wurden 60 Stück zugeführt, 24 Stück verkauft um den Preis von 15 Goldmark bis 28 Goldmark pro Paar.

Auf dem fleischlicher Schweinemarkt wurden von 92 zugeführten Schweinen nur 50 Stück zum Preis von 6 bis 9 Millionen pro Paar verkauft. Einmal lebhafter war der Handel auf dem Jahreshochmarkt in Markdorf. Für Ferkel wurden 20 bis 25 Goldmark bezahlt. Schmalz war der Handel auf dem Speisermarkt; gefordert wurden für Kübel 100 bis 120, für Fuder 200 bis 400, für Käse 200 bis 450, für Schmalz 800 bis 700, für das Paar Milchschweine 12 bis 20 und für Schmalz 40 bis 50 Goldmark.

**Zettlung, 23. Nov.** Kopfen. Von den Produzenten werden jetzt Goldmark oder Rentenmark gefordert, wovon jedoch nur wenig vorhanden sind. Gehauft und bezahlt werden von 250-270 Millionen je nach Qualität.

**Reckzahlen**  
1 Goldmark Briefkurs Berlin 1 025 000 000 000  
Wittelskurs 1 000 000 000 000

Reichsbankbilanz	80 Prozent
Goldfranken	1000 Milliarden
Steuereinnahmen	1000 Milliarden
Buchhandelsumsatz	1100 Milliarden
Buchdruckschäfte	50,2 Milliarden
Erzhandelsbilanz	141,8 Milliarden
Lebensmittel	1393 Milliarden
Industriefabrikate	1863,6 Milliarden
Einflusswaren	1638,8 Milliarden
Inlandwaren	1374,4 Milliarden

**Das Wetter**  
Im Osten hat sich Hochdruck herausgebildet, der einige Tage anhalten wird. Am Sonntag und Montag ist trockenes und kaltes Wetter zu erwarten.

**Devisenkurs**  
(In Millionen)

Berlin	22. November		23. November	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland	1690000	1694000	1190000	1694000
Belgien	195000	200200	195210	195490
Norwegen	616105	619545	618450	621550
Dänemark	726180	729620	725175	727825
Schweden	1101240	1106890	1100200	1110770
Italien	183540	184460	19304	194460
London	18354000	18440000	18354000	18440000
New York	4189500	4210500	4189500	4210500
Paris	231420	232580	227430	228570
Schweiz	729175	731825	730170	732820
Spanien	849030	849370	846530	849370
D.-Osterr.	58,832	59,14	58,832	59,14
Prag	121605	122305	121605	122305
Ungarn	219,450	220,550	219,450	220,550
Argentin.	1296700	1303250	1296700	1303250
Leito	1995000	2005000	1995000	2005000

Reichsgeldanleihe 4200 Milliarden (unv.) ohne Umsatz. Dollarkursanweisungen ohne Angebot.

Stadtgemeinde Wildberg  
Oberamt Nagold.

**Schafweide-Verpachtung.**

Die hiesige Schafweide, die im Vor Sommer mit 200 Stück und im Nach Sommer mit 300 Stück besetzt werden kann, wird auf ein Jahr am Mittwoch, den 5. Dezember 1923 vormittags 9 Uhr auf dem Rathaus verpachtet.

Abschriften der Pachtbedingungen können vom Stadtschultheißenamt gegen Erstattung der Schreibgebühren bezogen oder die Pachtbedingungen daselbst eingesehen werden.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß dem Pächter das bequem eingerichtete städtische Schafhaus nebst Schäfergehäusen zur Verfügung überlassen wird.

1064 Stadtschultheißenamt.

**An die Schultheißenämter!**

Die neuen Gemeindefisten mit Vorlagebericht betr. Unterstützung von Rentenempfängern der Invaliden- und der Angestellten-Versicherung sind vorrätig bei

**G. W. Zaiser, Nagold.**  
Konsum- und Sparverein Nagold und Umgegend  
e. G. m. b. H.

Wir suchen zum Eintritt auf 1. Januar 1924 einen kaufmännisch vorgebildeten, tüchtigen

**Geschäftsführer.**

Bewerbungen mit Lebenslauf unter Beifügung von Zeugnissabschriften erbittet  
1070 die Verwaltung.

mit der Aufschrift

**Plakate Multiplikator**

vorrätig beim Gesellschafter.

Nagold. 1067

**Löwenlichtspiele.**

Samstag abend 8.15 Uhr  
Sonntag 2.30, 4.30, 8.15

**Stuart Webbs**

**George Bully**  
Detektiv-Drama in 6 großen Akten, sowie

**Er (Luftspiel).**

**Junger Müller,**  
22 Jahre alt, mit guten Zeugnissen 1066

**Sucht sofort Stellung.**

Wer? sagt die Geschäftsstelle d. Blattes.

**Spare nicht!**

Sondern nimm stets gegen Husten und Heiserkeit  
Dr. Soldan's  
Fenchelhonig und  
Spizwegersirup.  
Drogerie Gebr. Benz  
Nagold u. Ebhausen.

**Ein größeres Quantum**

**Pferdedung**

verkauft gegen  
**Lebens- oder Futtermittel.**  
Seyfried & Lutz  
1071 Ebhausen,  
Bad Teinach.

Emmingen.

Am Montag, den 26. Nov. 1923 abends 5 Uhr  
kommen auf dem Rathaus auf Abt. 10 des Gemeindevorstandes ca 47 Festmeter

**Langholz**

in Submissionswegen zum Verkauf.  
2. Klasse 4,20 Festmeter  
3. " 7,91  
4. " 21,49  
5. " 13,33

Das Holz ist in 2 Lose geteilt.  
Bedingungen werden auf dem Rathaus beim Verkauf bekannt gegeben.  
1068 Gemeinderat.

**Bankcommandite Horb**

**Carl Weil & Co.**  
Horb a. N.  
Schillerstrasse 329.  
Fernsprecher Nr. 78 und 189.  
Giro-Conti:  
Reichsbank - Nebenstelle Rottweil und  
Württembergische Notenbank Stuttgart  
Postcheckkonto Stuttgart Nr. 2267.

**Annahme von Depositengeldern**  
Verzinsung je nach Kündigungs-Frist

**An- und Verkauf von Wertpapieren**  
und fremder Geldsorten

**Panzereinrichtung** (Schrankschrank unter Selbstverschluß der Mieter)

Fachmännische und billigste Besorgung aller bankgeschäftlichen Angelegenheiten  
Strengste Verschwiegenheit.

Unsere Sprech-Stunde findet an jedem Markttag im Gasthof zur „Post“ statt. 1018

**„Der Kampf im Spessart“**

Dieser gegenwärtig im Gesellschaftler erscheinende spannende und gern gelesene Roman ist in Buchform erschienen und vorrätig in der

**Buchhandlung Zaiser**  
Nagold.

**Altpietistische Gemeinschaft.**

Die Versammlung morgen Sonntag im Vereinshaus, bei der Bruder Pred. Kasperich zugegen sein wird, findet schon um 1 Uhr statt. Es wird herzlich eingeladen.

Wir kaufen laufend  
**Kiefern- und Fichtenrundholz**  
aller Klassen.

**Robert Sprungmann, e. m. b. H.**  
Angebote sind zu richten an:  
Einkaufsbüro u. Sägewerk Wildberg/Württ. Tel. Nr. 23.

**Zu kaufen gesucht**

**1 fettes Schwein.**

Zahlung wertbeständig, evtl. Tausch gegen Holz  
**Teyfried & Luz, Sägewerk, Bad Teinach**  
1074 Telefon 23.

**Der beliebteste Abreiß-Kalender:**

**Der christliche Hausfreund**  
für 1924

mit biblischen Betrachtungen für jeden Tag, Erzählungen u. Gedichten ist soeben eingetroffen bei  
**Buchhandlung Zaiser, Nagold.**

Gebetbücher bei G. W. Zaiser, Buchhandlung.

**Tausche Lebensmittel,**  
darunter Schweinefett, gegen  
**Heu oder Stroh.**

Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl. 1065  
Ein 1/2 jähriges  
oder tauscht nur gegen

**Frucht.**

**Gottfried Reutshier**  
Ebershardt.  
1 Paar neue, tadellose doppelseitige  
**Rohrstiefel**  
(Gr. 42)

aus bestem Material verkauft. Wer? sagt die Geschäftsstelle d. Bl. 1054

Ercheint an jedem Sonntag. Bestellungen an alle Postämter und Postbüros.

Bezug vom 22-25 50 Goldpfennig einchl. Zeitg. Nr. 10 Grundpreis f. Die einpaltige gewöhnliche bez. Name pfennige. Nett Goldpfennige, an 10 Goldpfennig gerichtl. Weir. Konstanten 10 bis 100

Kr. 277

**Warene**

Mit Stoff polierter und bilden sollten gebende Tat betriebe darin ein „er blühen“ der statischen Z gewerblichen 1913 ins ins tieg die Ja Gesellschaften Reichsgebiet Reichsgebiet also nicht den Köhler. Aus der Er wenn z. B. 1914 bis 192 gründungen mindestens w Betrachtet m statischen A den Intern sich kaum od gleichgeblie also eine min über, die mit

Sehen wi zeugung der um die Hälfte die Zahl der ergibt sich, d halb so große Daß schon di zu einem An lich; um wie sein, wenn da

Bis hierbe schaft unlauf den ist, hat e Preissteigerun dieselbe gebil stiegen wäre, gernd auf be menge, 2. die Infestation.

Normale Friedenszeiten der Erzeuger der Händler zeugung auf Verbrauch de dem Spiel „heim“. „als auch eine ver Händler-Rach rat ganz ode winnen. Der nicht Gefähr bildet sich l länger, je m Händler ist, welcher Weise verteuern m Lagerort ver kommen, wen verändert.

So erklär mehter Hän Schieber s gerichte könne nahe zu sein gung, eine d worden ist) d Einführung d keinem wesen der Zahl der

Aus dem Beise in De liegen. Es i allein daran land warf sid ihnen in dem lorenunterstüt reichliche.

Nicht un lorigkeiten Führt auch d ausgegliednet eine m e r t b

